

Gesellschaftliche Veränderungen der letzten Jahre

1. Einleitung

Laut Ronald Inglehart, Direktor des *World Values Survey*, fand in keinem Land der Welt in den vergangenen 20 Jahren ein so großer Wertewandel statt wie in Spanien. Eine solche Neuorientierung ist normalerweise die Folge tiefgreifender Veränderungen in der sozialen Struktur eines Landes, und in der Tat hat kein anderes europäisches Land so weitreichende gesellschaftliche Umstrukturierungen erlebt wie Spanien. Von einem Land, das während eines Großteils des fast 40 Jahre andauernden franquistischen Regimes in Europa praktisch keine Rolle spielte, wandelte es sich zum festen Bestandteil eines florierenden Europa. Noch bleiben einige Spuren, die Spanien *anders* machen; aber sie beziehen sich mehr auf bestimmte Lebensformen – wie die extravaganten Essenszeiten, den Stierkampf, die Feste – als auf die grundlegenden sozialen Werte, das politische System, das Pro-Kopf-Einkommen oder die Organisation des Arbeitsmarktes.

Im Folgenden werden die wichtigsten Veränderungen der vergangenen Jahre in Spanien anhand der Bewertungen und Einschätzungen zu einer Reihe von Themen aufgezeigt, die für den gesellschaftlichen und gesellschaftspolitischen Wandel repräsentativ sind. Grundlage sind die Meinungsumfragen des Zentrums für Soziologische Forschungen (*Centro de Investigaciones Sociológicas*, CIS¹), die mit der faktischen Wirklichkeit und mit weiteren, einen europäischen Vergleich erlaubenden Studien kombiniert werden. Entstehen soll ein Phantombild der "neuen" spanischen Gesellschaft.

2. Demographische Veränderungen und Immigration

Die augenscheinlichsten demographischen Veränderungen der vergangenen Dekaden haben mit der starken Zunahme der Immigration zu tun. Spanien ist von einem Land, das Arbeitskräfte exportierte, zu einem Importeur geworden. In absoluten Zahlen ist

1 Das *Centro de Investigaciones Sociológicas* (CIS) ist ein staatliches Meinungsforschungsinstitut, das 1977 gegründet wurde und das franquistische *Instituto de Opinión Pública* ablöste. Es ist dem Parlament verantwortlich und unterliegt einer Reihe von Auflagen, die seine politische Unabhängigkeit garantieren. Der Zugriff der akademischen Welt, der Soziologen und Politologen, auf die Daten des CIS ist die beste Garantie für ihre Seriosität. (Die hier gezeigten Grafiken basieren, sofern nicht anders vermerkt, auf Forschungsergebnissen des CIS.)

die Bevölkerung, dank der Präsenz der Immigranten, in den letzten fünf Jahren von 40 auf 45 Millionen angestiegen. Nur die Vereinigten Staaten hatten in diesem Zeitraum mehr Einwanderer zu verzeichnen. Der exponentielle Anstieg erfolgte insgesamt in nur einer Dekade und demnach mit atemberaubender Geschwindigkeit.²

Grafik 1



Wenn wir diese Grafik bis heute fortschreiben, steigt die Kurve weiter an. Der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung Spaniens beträgt mittlerweile zwischen 9 und 11%; allerdings ist er recht ungleichmäßig verteilt: An der Mittelmeerküste, in Madrid und in Katalonien lassen sich die weitaus meisten Immigranten nieder.

Wie auch in anderen europäischen Ländern hat die massive Einwanderung geholfen, die niedrige Geburtenrate auszugleichen; denn Spanien hatte zusammen mit Italien die niedrigste Geburtenrate der Welt. Grafik 2 zeigt einen der Gründe auf: Im Vergleich liegt das Durchschnittsalter der Erstgebärenden in Spanien deutlich über dem europäischen Durchschnitt, ohne dass die Ursachen hierfür ganz geklärt wären. Möglicherweise spielen der geringere Schutz für die Familien durch den Wohlfahrtsstaat und die Schwierigkeiten für die Frauen, Familie und Beruf zu vereinbaren, eine

2 Zur Einwanderungsthematik vgl. den Beitrag von Axel Kreienbrink in diesem Band.

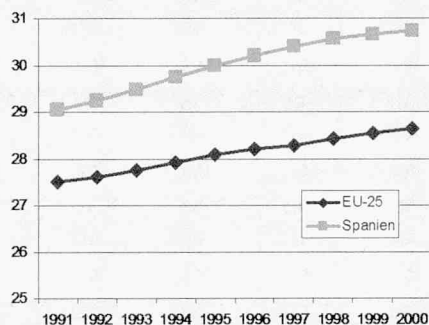
Rolle. Hier schuf die Einwanderung Abhilfe, weil viele Immigrantinnen in den spanischen Familien Aufgaben übernahmen, die traditionell den Frauen zukamen und zukommen: die Versorgung der Kinder und der alten Menschen. Die Immigration ist zur Voraussetzung für die Emanzipation der Frau geworden, in der, wie wir später sehen werden, ein wichtiges Identitätsmerkmal des neuen Spanien liegt.

Diese Fähigkeit der Immigrantinnen, gewisse Unzulänglichkeiten des spanischen Wohlfahrtsstaates aufzufangen und Arbeiten zu übernehmen, die von den spanischen Arbeitskräften nicht nachgefragt werden, hat bei der Mehrheit der Spanier zu einem eindeutig positiven Bild der Immigration beigetragen. Dennoch ist Vorsicht geboten. Alle zur Verfügung stehenden Umfragen stammen aus den wirtschaftlich expandierenden letzten 15 Jahren. Es ist gut möglich, dass sich angesichts der aktuell sich ausweitenden ökonomischen Krise die positive Einschätzung ändert und sich gegenüber dem Beitrag der Immigrantinnen zur spanischen Volkswirtschaft Skepsis äußert.

Grafik 2

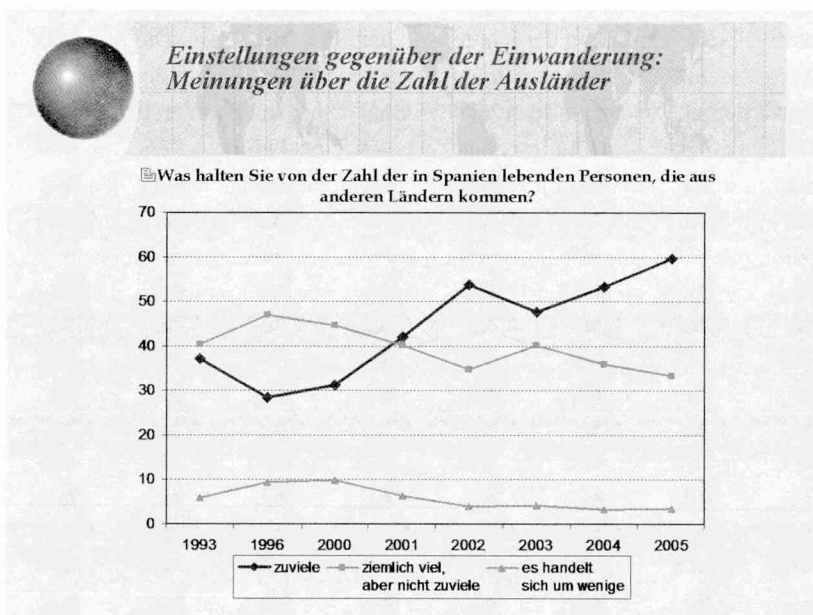


Durchschnittsalter der Mutter bei der Geburt des ersten Kindes



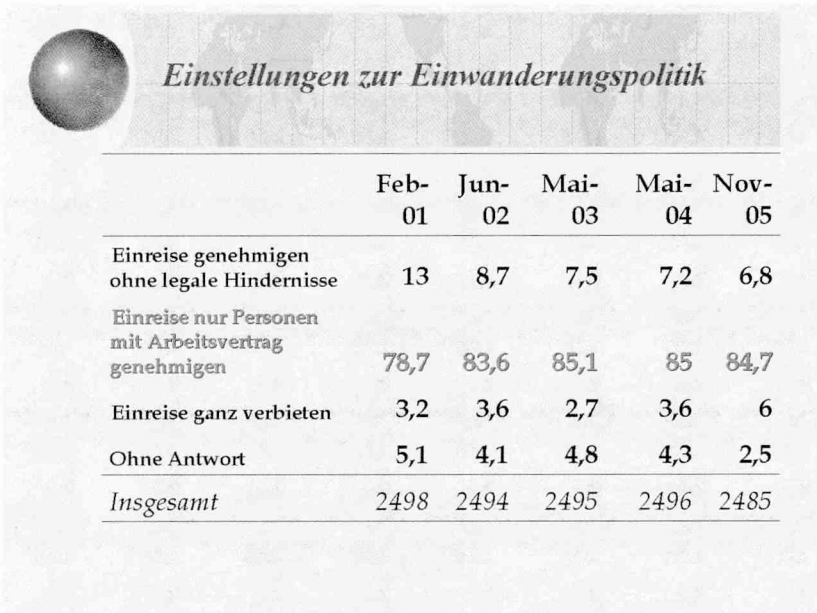
In den letzten Jahren zeichneten sich klar zwei Haltungen zur Einwanderung ab: eine gewisse Angst vor ihrer Zunahme einerseits (Grafik 3) und die grundsätzliche Bereitschaft andererseits, den in Spanien lebenden Immigrantinnen weitreichende bürgerliche Rechte zuzugestehen.

Grafik 3

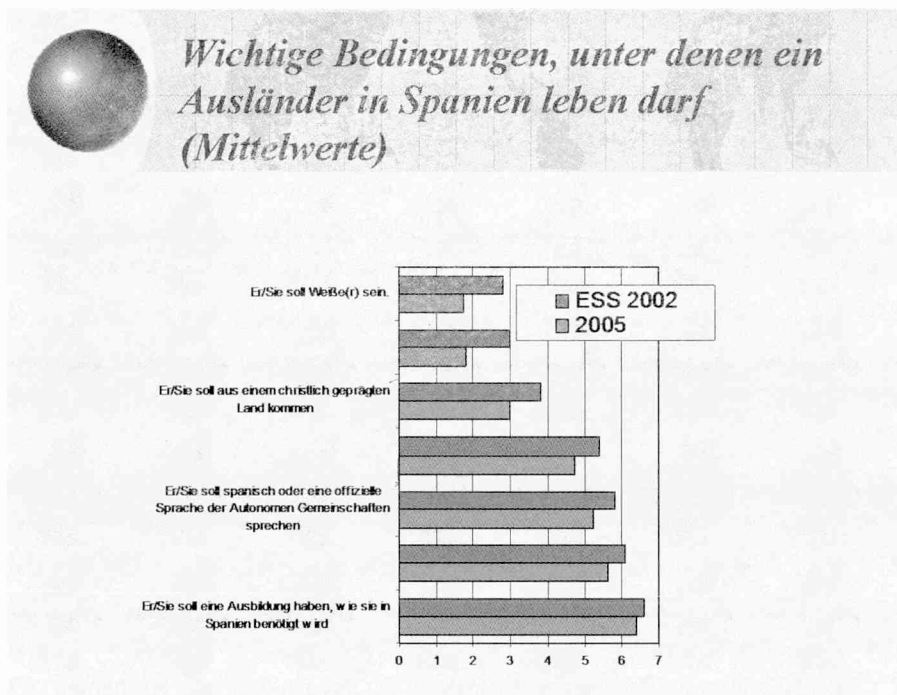


Grafik 3 zeigt, dass 60% der Spanier meinen, es gebe zu viele ausländische Arbeitskräfte. Diese Angabe muss allerdings vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass die Befragten, wie eine Kontrollfrage ergab, davon ausgingen, der Ausländeranteil betrage 20% – das Doppelte der tatsächlichen Zahl. Und es gibt in der Bewertung große regionale Unterschiede, ebenso wie bei den Bevölkerungsschichten mit geringerer Bildung die Neigung groß ist, ihre Zahl zu überschätzen – möglicherweise, weil sie in denselben Stadtvierteln wohnen. Wie auch in anderen europäischen Ländern besteht die Tendenz, die Bedingungen für die Aufnahme zu verschärfen und vorzugsweise diejenigen Arbeitskräfte ins Land zu lassen, die Spanien wirklich braucht.

Grafik 4



Die überwiegende Mehrheit der Spanier bindet ihre Billigung der Aufnahme von Immigranten an einen Arbeitsvertrag; dies ist mit Abstand die wichtigste Bedingung, die gestellt wird, wie Grafik 5 zeigt. Ihre Rasse oder ihr Herkunftsland sind weniger wichtig als ihre Qualifikation oder Bildung.

Grafik 5³

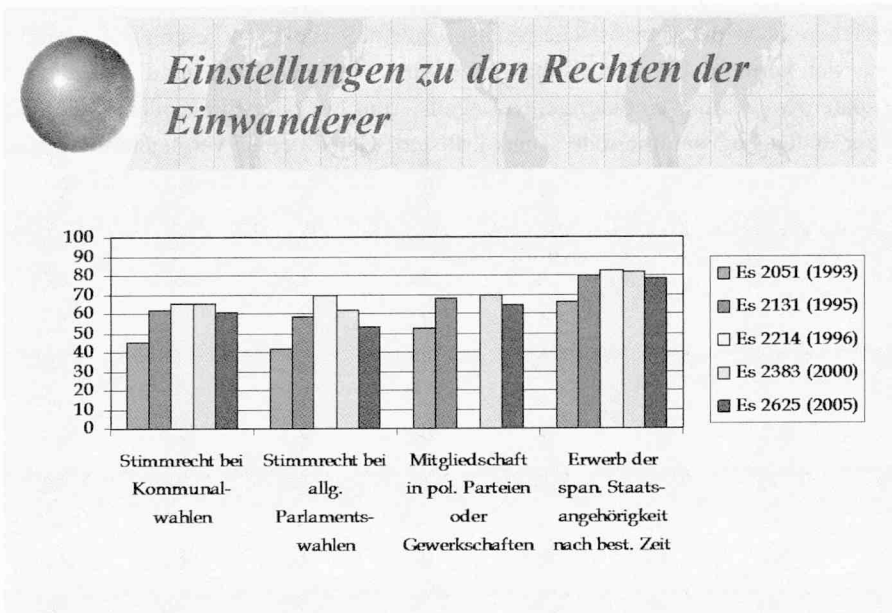
Die Ablehnung einer Immigrationspolitik, die sich nicht an diesen Kriterien orientiert oder gänzlich auf Einschränkungen verzichtet, ist weit verbreitet. Man darf nicht vergessen, dass die Öffentlichkeit jeden Sommer mit Medienberichten über die täglich an die Küsten gelangenden prekären Boote illegaler Einwanderer konfrontiert wird. Die verschärfte Kontrolle der Meerenge von Gibraltar hat mittlerweile dazu geführt, dass die Mehrzahl der illegalen Einwanderer aus Schwarzafrika auf den Kanarischen Inseln landet – nach einer langen, dramatischen Überfahrt, oftmals unter unmenschlichen Bedingungen und mit Todesopfern. Deshalb wird in den Umfragen des CIS am Ende eines jeden Sommers die Zunahme der Immigration als “Problem” gesehen, während im Herbst und Winter, wenn die klimatischen Bedingungen die Überfahrt unmöglich machen, diese Einschätzung nachlässt. Die spanische Regierung hat eine ehrgeizige Politik der Entwicklungshilfe und Zusammenarbeit mit einigen afrikanischen Ländern initiiert, um dort Anreize zum Bleiben zu

3 ESS steht für *European Social Survey*, der alle Einwohner Europas (und Israels) befragt und seinen Umfragen immer die gleiche Methode zugrunde legt.

schaffen, damit die Menschen nicht in die Emigration getrieben werden. Erste Anzeichen für eine Verbesserung scheinen sich abzuzeichnen, obwohl eine solche Politik nur dann wirkungsvoll sein kann, wenn sich ganz Europa mehr um diesen Kontinent bemüht.

Die allgemeine Forderung nach einer Kontrolle der Grenzen bedeutet nicht, dass die Maßnahmen zur umfassenden Legalisierung illegaler Immigranten, wie sie die Regierung Zapatero zu Beginn ihrer ersten Legislaturperiode ergriff, nicht breite Unterstützung fänden. Eine Sache ist das "Schließen der Grenzen", damit nur die dringend erforderlichen Arbeitskräfte kommen, und eine andere die Integration derjenigen, die bereits im Land leben. Dieser Aspekt ist für die Haltung gegenüber der Immigration grundlegend. Spanien ist eines jener europäischen Länder, deren Bevölkerung bei dem Zugeständnis bürgerlicher Rechte an die Einwanderer offenbar besonders großzügig ist. So belegen es zumindest die Umfragen. Eine Mehrheit stimmt sogar der Forderung zu, dass Immigranten an gesamtspanischen Wahlen teilnehmen dürfen, was für andere europäische Länder unvorstellbar ist; oder dass sie mit der Zeit die spanische Staatsbürgerschaft erhalten.

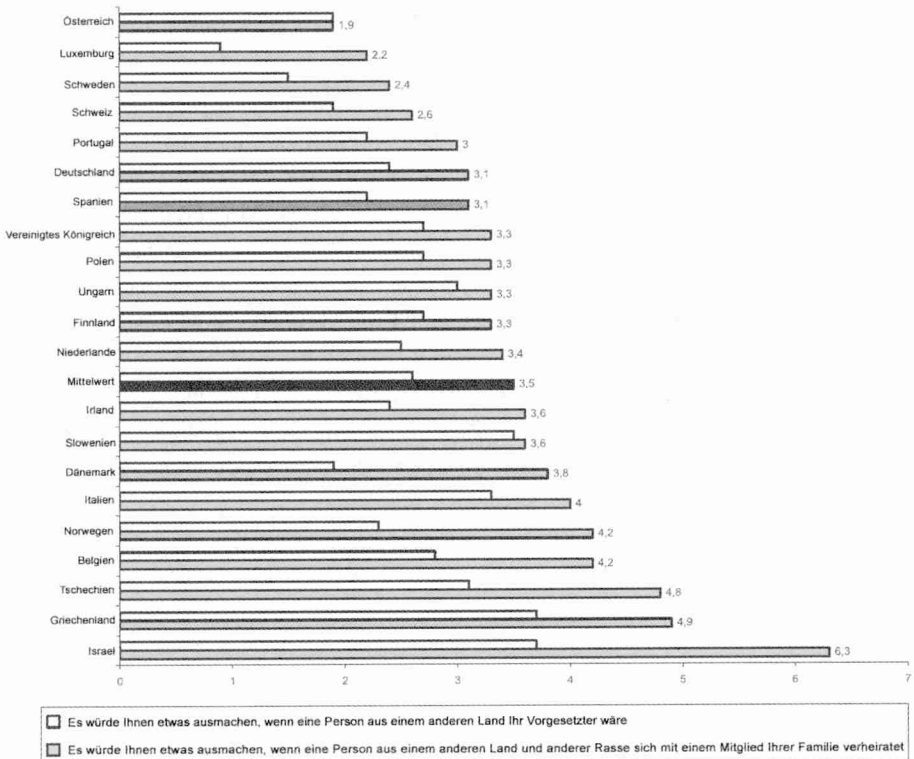
Grafik 6



Vielleicht empfinden die Spanier bewusst oder unbewusst, dass beide Möglichkeiten auf lange Sicht für das Gelingen der gesellschaftlichen Integration von Immigranten hilfreich sind. Wenn man bedenkt, dass EU-Bürger nur bei Gemeindewahlen ihre Stimme abgeben dürfen, sollte dieses Zeichen der "Gastfreundschaft" nicht unterschätzt werden.

Es sind, zumindest in den Umfragen, keine wesentlichen Anzeichen für Fremdenfeindlichkeit gegenüber den in Spanien lebenden Ausländern zu erkennen – was sich nicht mit Blick auf die Zigeuner sagen lässt, und diese leben bereits seit 500 Jahren unter den Spaniern. Wahrscheinlich haben sich im Zusammenhang mit den Immigranten die offiziellen Bemühungen um eine tolerante Aufnahme ebenso wie die Tatsache ausgewirkt, dass keine politische Partei das Thema "Beschränkung der Immigration" in ihr Programm aufgenommen hat – sicher auch, weil es in Spanien keine rechtsextremen Parteien gibt. Im Gegensatz zum Rest Europas war die Immigration als Wahlkampfthema "tabu". Nur in der letzten Kampagne zu den gesamtspanischen Parlamentswahlen vom März 2008 suchte die Volkspartei (*Partido Popular*, PP), die das gesamte politische Spektrum von Mitte-Rechts bis Rechtsaußen abdeckt, das Thema Immigration für ihren Wahlkampf zu nutzen und schlug vor, dass die Immigranten sich gegenüber dem spanischen Staat vertraglich verpflichten müssten, die spanischen Gesetze und Bräuche zu respektieren – was gleichermaßen der französische Staatspräsident Sarkozy vorgeschlagen hat und was sich vermutlich in der EU etablieren wird. Die Volkspartei hat die Regierung Zapatero wegen der umfangreichen Legalisierung illegaler Einwanderer während ihrer ersten Legislaturperiode scharf kritisiert. Gemäß einer Vergleichsstudie des *European Social Survey* (ESS), die über eine indirekte Frage nach ausländerfeindlichen Tendenzen forscht (Grafik 7), lässt sich aber sagen, dass Spanien hier unterhalb des europäischen Durchschnitts liegt.

Grafik 7. Ablehnung von Einwanderern
(mittlere Werte auf einer Skala von 0 bis 10)

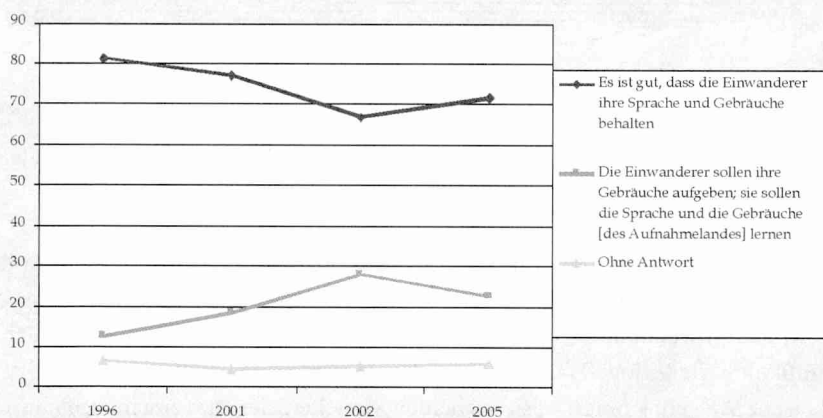


Quelle: European Social Survey (2002)

Es gibt in Spanien kein klar umrissenes Modell für die Integration. Die staatlichen Stellen würden das Ihre "interkulturell" nennen; d.h. man vermeidet das, was die strikte Anwendung des "Assimilationsmodells" (wie in Frankreich) oder des "multikulturellen Modells" (wie in den Niederlanden) beinhaltet. In der Tat ist der spanische Weg ein Kompromiss aus beiden Modellen, der eher einem mechanischen Impuls als speziell entworfenen politischen Programmen entspringt. Dabei ist die Leichtigkeit, mit der sich die lateinamerikanischen Immigranten integrieren, hervorzuheben. Sie sind die größte Gruppe, und weder die Sprache noch die grundlegenden kulturellen Muster erweisen sich als Hindernis. Ähnliches trifft auf die Einwanderer aus Osteuropa zu; auch wenn sie die Sprache erlernen müssen, übernehmen sie doch problemlos die spanischen Lebensgewohnheiten. Die Asiaten und die

Muslime halten sich dagegen eher abseits und bleiben unter sich. Wird diese Frage indirekt angesprochen, zeigen sich in den Antworten der Spanier große Toleranz und Respekt gegenüber der Sprache, Religion und Kultur derjenigen, die in ihrem Land leben (Grafik 8). Sie lehnen ein multikulturelles Modell also nicht ab; dabei ist zu bedenken, dass in Spanien die Gruppen aus einem "fremden" Kulturkreis, vor allem Asiaten und Muslime, sehr viel kleiner sind als in anderen europäischen Ländern. Mit Ausnahme der Geschehnisse in El Ejido, einer kleinen Stadt in Andalusien, in der es vor Jahren zu Ausschreitungen gegen Immigranten aus dem Maghreb kam, hat es in Spanien keine ernsthaften Konflikte mit diesen Minderheiten gegeben. Erinnern wir uns – und das ist ein gutes Beispiel für die Haltung der herrschenden politischen Klasse –, dass der Bürgermeister von Madrid, der zur Volkspartei gehört, sofort nach den Attentaten vom 11. März 2004 die Verbände muslimischer Immigranten konsultierte, ihnen öffentlich seinen Respekt versicherte und klarlegte, dass die Anschläge nicht mit dem muslimischen Glauben in Verbindung gebracht würden. In der Folgezeit gab es in dem Zusammenhang keine einzige gewalttätige Reaktion gegenüber Muslimen, anders als in Großbritannien oder in den Niederlanden nach dem Attentat auf den Filmemacher Van Gogh.

Grafik 8



3. Der Wertewandel zu einer “postkonventionellen“ Gesellschaft

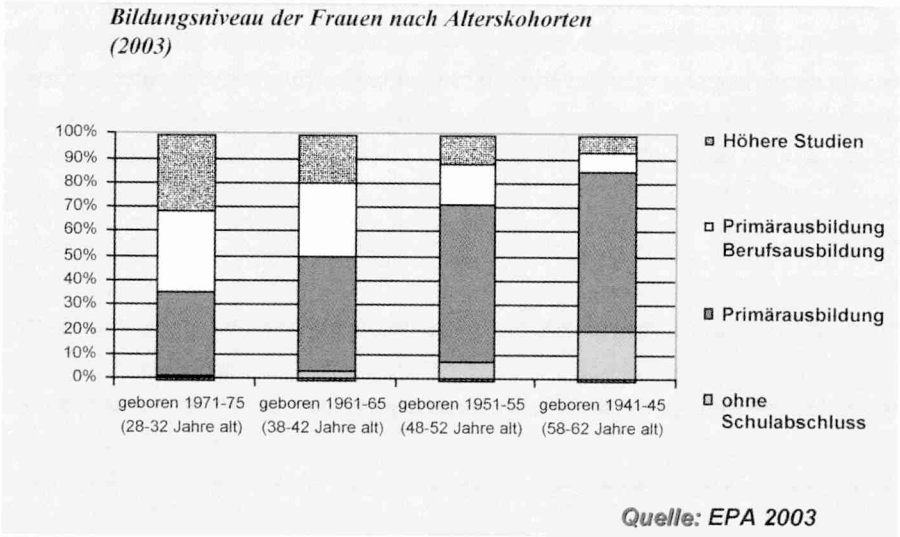
Außer der Zunahme der Immigration gehören zu den großen gesellschaftlichen Veränderungen der vergangenen Jahre zwei weitere Entwicklungen: die Rolle der Frau sowie ein diffuses, aber weit verbreitetes Gefühl der Toleranz, das einen der traditionellen spanischen Grundzüge – den religiösen Dogmatismus und die Ablehnung alles Fremden oder Fernen – in Frage zu stellen beginnt.

Die wohl spektakulärsten Maßnahmen der Regierung Zapatero waren die Legalisierung der gleichgeschlechtlichen Ehe, das Gesetz zur Gleichstellung von Männern und Frauen und – schon etwas symbolischer – die Einsetzung einer paritätisch besetzten Regierung, für die zweite Legislaturperiode sogar eines Kabinetts, in dem es mehr Ministerinnen als Minister gibt. Dahinter steht mehr als eine Konzession an das Symbolische, denn es entspricht den tiefgreifenden Veränderungen in der spanischen Gesellschaft. Die Frauen haben ihre Präsenz in der Gesellschaft enorm ausgebaut. Inzwischen gibt es mehr Frauen als Männer mit einem abgeschlossenen Hochschulstudium, und 60% all derer, die an den Universitäten studieren, sind Frauen. Auch wenn diese Relationen nicht notwendigerweise auf andere Gebiete übertragbar sind, finden sie sich doch immer häufiger auch in anderen Bereichen. Seit Jahren gibt es mehr Richterinnen als Richter, mehr Architektinnen als Architekten, um nur zwei Beispiele zu nennen. Und ein anderes Feld: In der Leichtathletik holen die Sportlerinnen mehr Olympiamedaillen als die Männer.

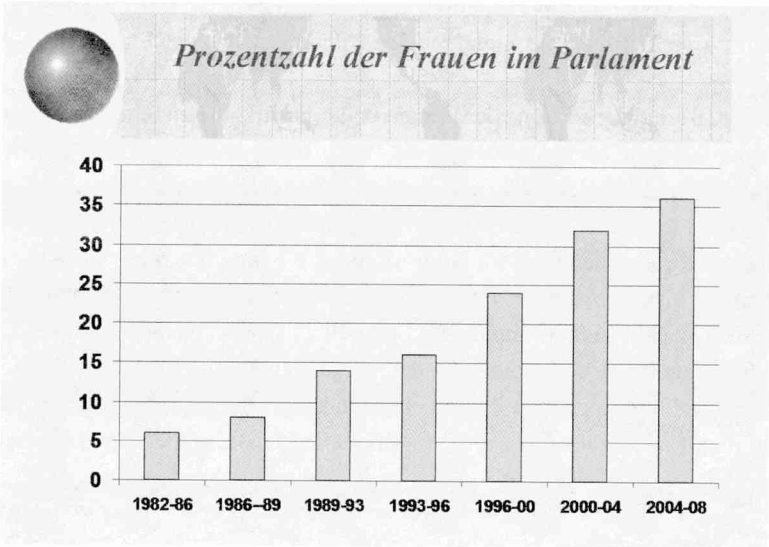
Grafik 9 verdeutlicht die Zunahme des Bildungsstands der Frauen nach Altersgruppen.

Grafik 10 zeigt die Präsenz der Frauen in der Politik, die zunehmen muss, da das Gesetz zur Gleichstellung Quoten für die Wahllisten vorschreibt. Wir sprechen von Veränderungen, die in wenigen Dekaden Spanien revolutioniert haben – ein Land, in dem die Frau traditionell als Hausfrau eine eindeutig untergeordnete Rolle spielte. Möglich wurde die neue Entwicklung durch die Modernisierung der spanischen Gesellschaft insgesamt, aber auch durch den leisen, jedoch beständigen Kampf feministischer Bewegungen inner- und außerhalb der politischen Parteien. Allgemein überwiegt der Eindruck, dass in den vergangenen Jahren die Frau hinsichtlich der Gleichstellung mit dem Mann entscheidende Fortschritte erzielen konnte, obwohl damit noch keineswegs alle traditionellen Diskriminierungen überwunden sind.

Grafik 9

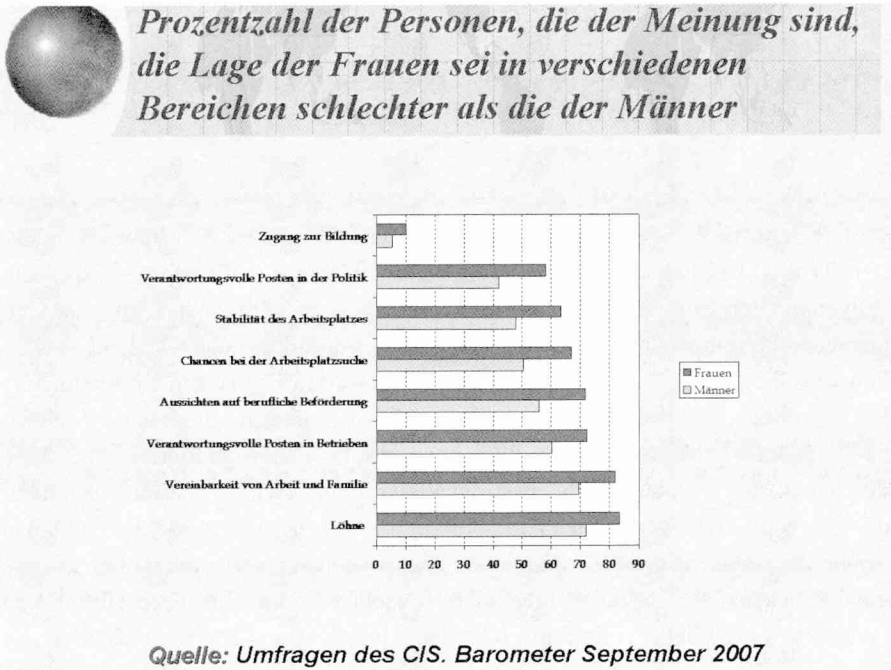


Grafik 10



Grafik 11 führt einige Bereiche an, in denen die Frau in Spanien – und natürlich nicht nur dort – noch immer benachteiligt ist. Am offensichtlichsten ist das Lohngefälle. Aber auch der Versuch, Familienleben und Beruf in Einklang zu bringen, ist den Frauen nach weit verbreiteter Meinung noch nicht gelungen; die spanischen Männer sind auf diesem Gebiet deutlich privilegiert. Die Erfolge bei der Gleichstellung erreichte die spanische Frau trotz der geringen Unterstützung, die sie von Ehemännern oder Partnern bei der Hausarbeit und dem Versorgen von Kindern und alten Menschen erhielt – trotz der aberwitzigen spanischen Öffnungs- und Arbeitszeiten, die das Abstimmen von Hausarbeit und Beruf so sehr erschweren. Das in der zweiten Legislaturperiode der Regierung Zapatero geschaffene Ministerium für Gleichstellung soll versuchen, einige dieser Probleme zu lösen und Maßnahmen zu ergreifen, die helfen würden, die Situation der Frauen zu verbessern.

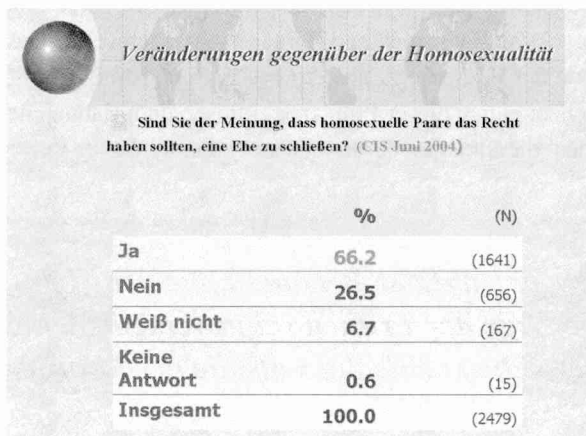
Grafik 11



Das Gesetz zur Homosexuellen-Ehe stieß nur bei Teilen der katholischen Kirche und der konservativen Volkspartei (PP) auf Widerstand. Die Volkspartei wollte vor allem die Bezeichnung “Ehe” (*matrimonio*) durch “zivile Verbindung” ersetzt wissen. Es ging ihr also nicht so sehr darum, die Legalisierung homosexueller Partnerschaften

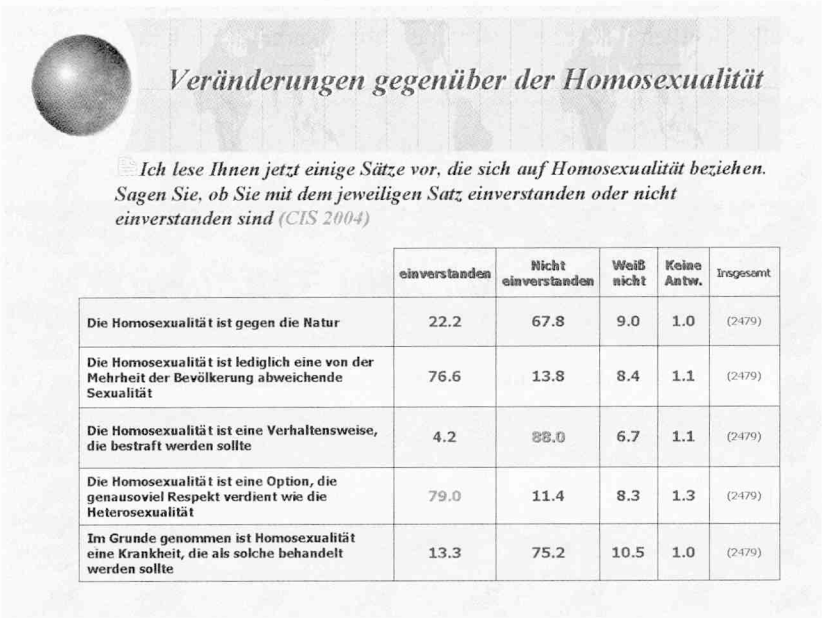
zu verhindern, sondern um den Schutz der “wahren” Ehe. Einige PP-Abgeordnete stimmten im Parlament jedoch nicht gegen das Gesetz, und es ist unwahrscheinlich – sofern die katholische Kirche keinen übermäßigen Druck ausübt –, dass eine zukünftige konservative Regierung das Gesetz zurücknimmt, nicht zuletzt deshalb, weil die breite Mehrheit der Spanier hinter der Legalisierung steht (Grafik 12).

Grafik 12



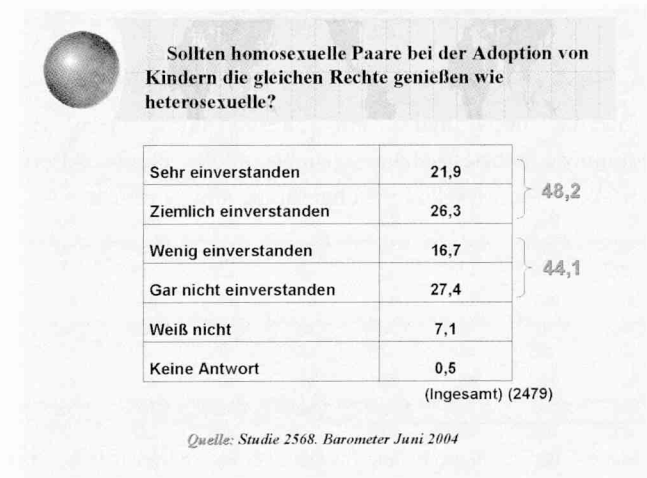
In einem Land wie Frankreich sind nur 49% der Bürger für die Homosexuellen-Ehe. Wie erklärt sich in Spanien die Toleranz gegenüber Lebensformen, die dem festverankerten Bild vom “Macho” so radikal entgegenstehen? Tatsächlich ist Spanien generell sehr viel toleranter geworden, als es vor Jahren noch war. Und tatsächlich wird die Homosexualität eindeutig respektiert (Grafik 13). Ein entscheidender Faktor könnte darin begründet liegen, dass sich in den letzten Jahren viele Homosexuelle geoutet haben, so dass ein Phänomen, das bis dahin ignoriert wurde, allein durch statistische Daten ins Bewusstsein vieler gerückt wurde und im Bekannten- oder Freundeskreis, vor allem aber in der Familie zum Thema wurde. Bedenkt man den hohen Stellenwert, den die Familie in Spanien genießt, verwundert es nicht, dass viele Menschen die “Legalisierung” einer sexuellen Option wünschen, für die sich Personen, die sie lieben, entschieden haben. Hinzu kommt, dass die Präsenz vieler Homosexueller in der Kulturszene und in den Medien zu einer “Normalisierung” beigetragen hat, die nur bei bestimmten Sektoren der katholischen Kirche auf Widerstand stößt. Paradoxerweise wird die Kirche, die in der Homosexuellen-Ehe die Zerstörung der Familie schlechthin sieht, mit der Tatsache konfrontiert, dass gerade die Familien diese Legalisierung verteidigen.

Grafik 13



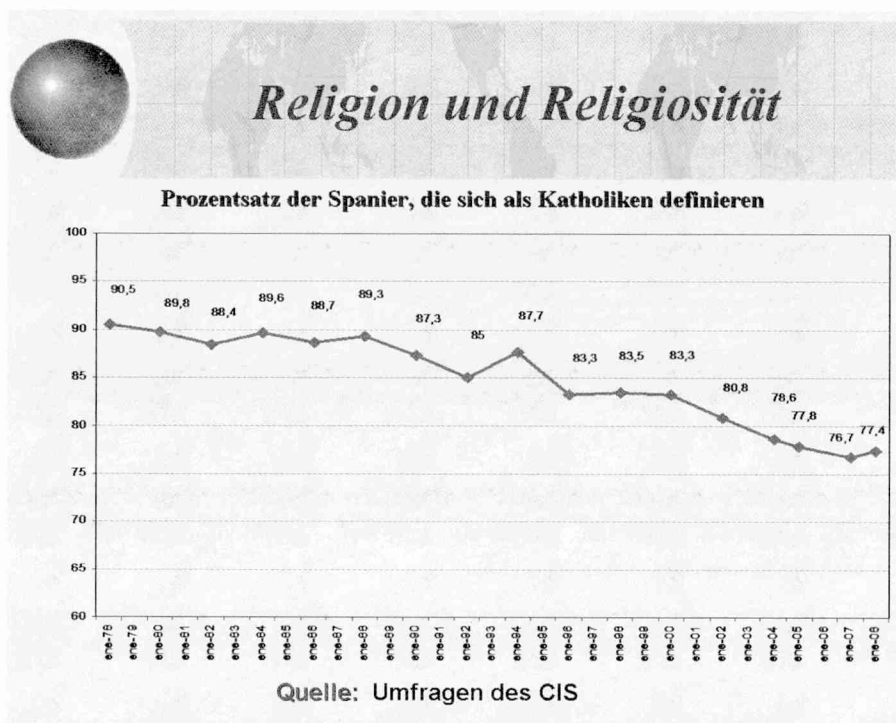
Nicht ganz so einverstanden sind die Befragten mit dem ebenfalls verankerten Recht für homosexuelle Paare, Kinder zu adoptieren. Eine Mehrheit ist dafür, doch hier scheiden sich die Geister schon eher.

Grafik 14



Vermutlich ist der entscheidende Faktor für den Wertewandel die zunehmende Säkularisierung des gesellschaftlichen Lebens. Erstaunlicherweise bezeichnet sich eine große Mehrheit – über zwei Drittel der Bevölkerung – noch immer als “katholisch” (Grafik 15).

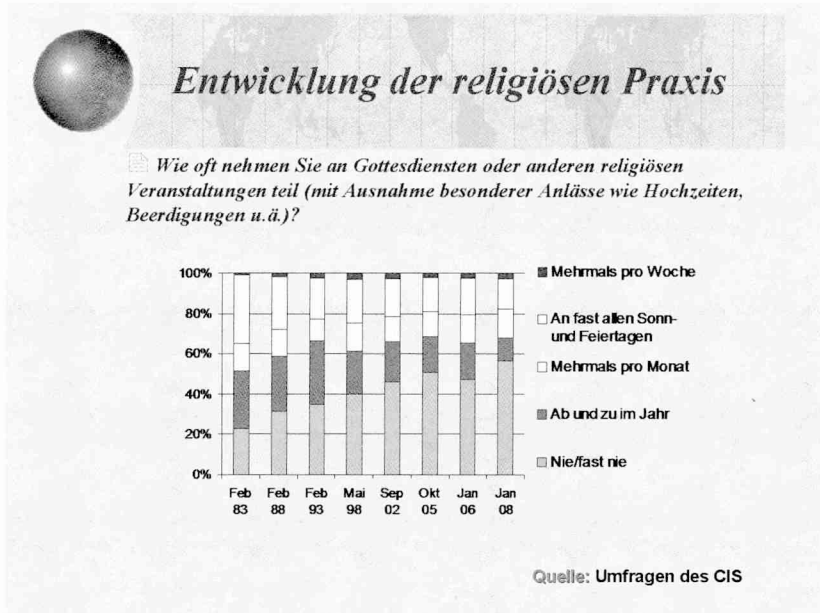
Grafik 15



Bei der Frage nach der Teilnahme am Gottesdienst (Grafik 16) wird offensichtlich, dass die religiöse Selbsteinschätzung nichts mit der religiösen Praxis zu tun hat: Die Zahl der praktizierenden Gläubigen hat rapide abgenommen.⁴

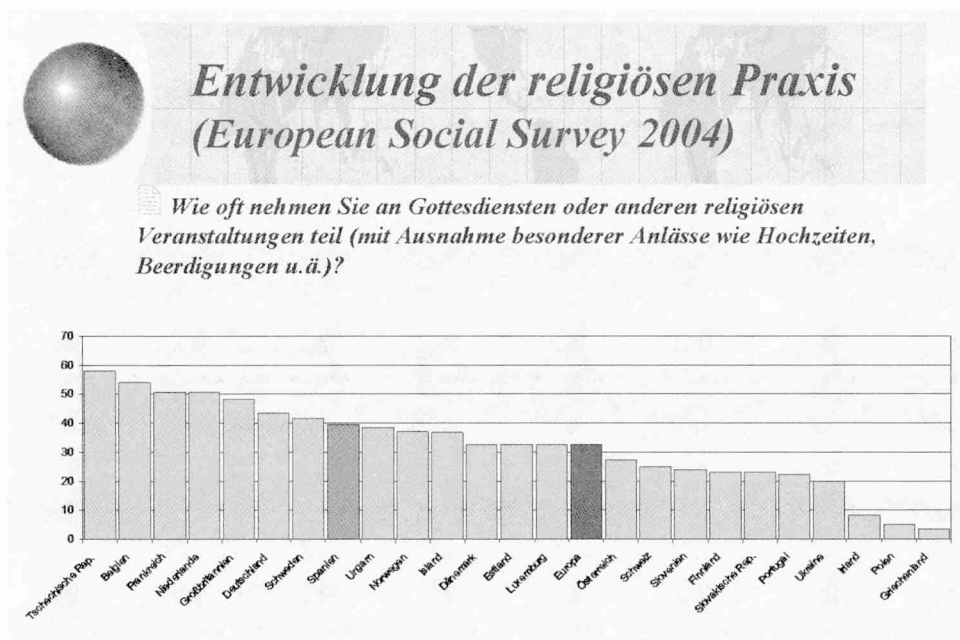
⁴ Zur Religiosität in Spanien vgl. den Beitrag von Carlos Collado Seidel in diesem Band.

Grafik 16



Gleicht man die Antworten mit den Angaben zu Alter und Wohnsitz ab, finden sich die praktizierenden Katholiken vor allem unter den alten Menschen auf dem Land: also in dem gesellschaftlichen Sektor, der vom Wertewandel am wenigsten betroffen ist. Wenn man den Besuch des Gottesdienstes als Indiz für religiöse Praxis nimmt, ergibt sich, dass von den 78% der Befragten, die sich als katholisch bezeichnen, nur ein Drittel seinen Glauben auch praktiziert. Damit liegt Spanien unter dem europäischen Durchschnitt und 2008 auf der Höhe der Länder, in denen im Jahr 2004 religiöser Glaube am wenigsten praktiziert wurde (Grafik 17).

Grafik 17

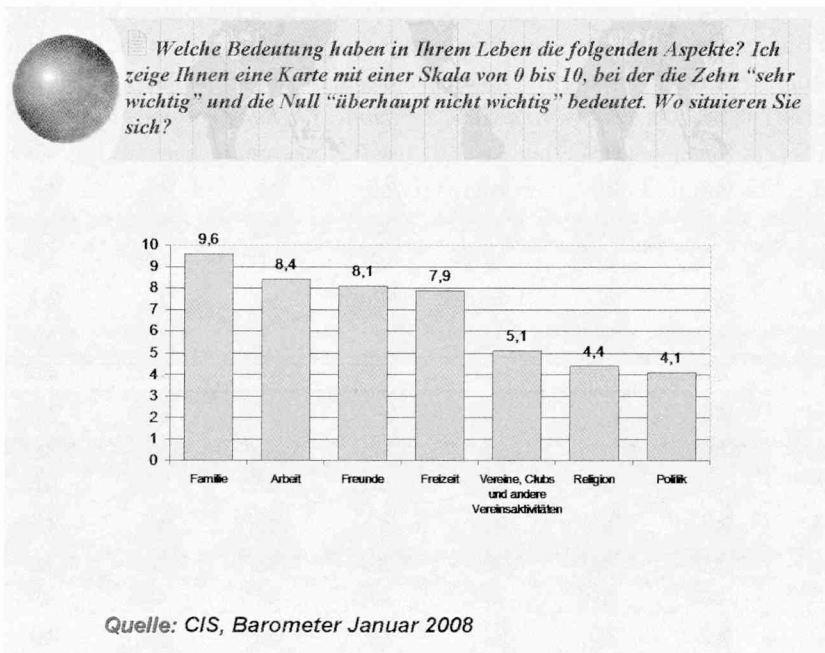


Das führt zu einer eindeutigen und doch paradox anmutenden Schlussfolgerung: Spanien ist ein katholisches, aber kein religiöses Land. Der Katholizismus gehört zur „spanischen Seele“, aber mehr als Teil der kulturellen Identität denn aufgrund tiefempfundener Religiosität. In einer der letzten Umfragen des „Eurobarometers“, das die Religiosität in allen EU-Ländern misst, rangiert Spanien unter den letzten. Auf die Frage nach der „Wichtigkeit“, die Religion im Leben der Befragten einnimmt, wurde mit einer Skala von 0 (gar keine) bis 10 (sehr große) geantwortet. Der europäische Durchschnittswert liegt bei 5,2; Spanien liegt mit 3,4 auf der Höhe von Schweden; nur Dänemark, Estland und Tschechien erreichen noch geringere Werte. Das ist ein überraschendes Ergebnis für das angeblich katholische Spanien. Diese distanzierte Haltung bedeutet aber nicht, dass an den vielen Prozessionen, religiösen Volksfesten und traditionellen „religiösen“ Feiern wie Hochzeit, Taufe und Beerdigung nicht eifrig teilgenommen würde – dies aber mehr als kulturell-gesellschaftliches Ereignis, denn als religiöser Akt.

Angesichts dieser Tatsache erstaunt das unverhältnismäßig große Gewicht, das der Kirche in Spanien zukommt. Sie entspricht in keiner Weise den religiösen Gefühlen der Mehrheit der Spanier und entbehrt überdies einer starken gesellschaftlichen Legitimation. Nur den politischen Parteien wird noch weniger Vertrauen ent-

gegeengebracht. Ihre dennoch starke Position erklärt sich vermutlich dadurch, dass sie für die so fest verankerten Bräuche wie Prozessionen, Sakramente etc. zuständig ist, dass sie eine Reihe von Massenkommunikationsmitteln beherrscht und dass sie vor allem ihren Einfluss im Bildungssystem nie verloren hat. Religiöse Gruppen wie *Opus Dei* oder die "Legionäre Christi" verfügen innerhalb einiger Eliten immer noch über großen Einfluss. Die Kirche ist in der Lage, einen breiten Sektor der Bevölkerung zu Großdemonstrationen (gegen das Abtreibungsgesetz, die Homosexuellen-Ehe oder die "Express-Scheidung") zu mobilisieren, und ist dennoch in der Defensive in einer Gesellschaft, die ihr mehrheitlich nicht folgt. Wenn die Kirche auf die Straße geht, tut sie das, weil in den Kirchen kaum jemand ihrer Predigt zuhört.

Grafik 18



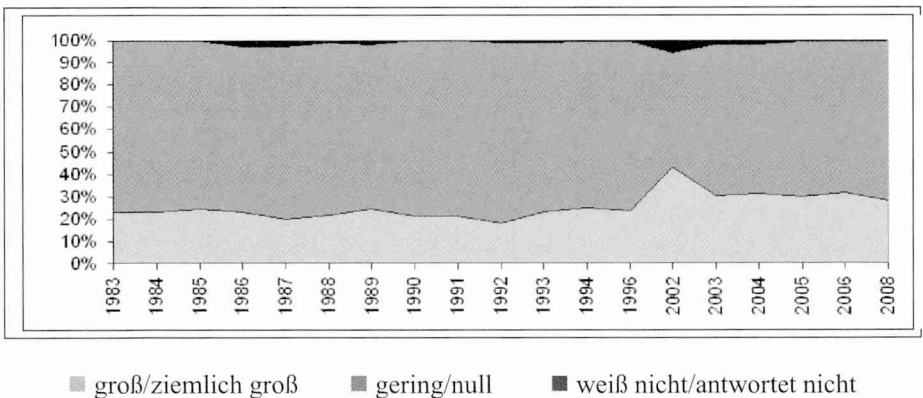
Grafik 18 zeigt die geringe Bedeutung, die Religion unter den verschiedenen Interessensphären im Leben der Spanier einnimmt. Befragt man nur die jungen Leute, entsteht fast das gleiche Bild – mit dem Unterschied, dass sie der Religion den letzten und der Politik den vorletzten Platz einräumen. Die Säkularisierung scheint also zuzunehmen.

Interessant ist der hohe Stellenwert, den die Menschen der Arbeit zuweisen und der dem klischeehaften Bild von Spanien als dem Land des *mañana*, der *fiesta* und der *siesta* diametral entgegensteht. Die Spanier erscheinen als die Preußen Südeuropas. Tatsächlich liegt das Problem nicht darin, dass nicht gearbeitet würde; denn wenn Spanien innerhalb eines so konkurrenzorientierten Rahmens wie der EU überlebt, dann dank großer individueller und kollektiver Anstrengungen. Doch deshalb wird nicht auf die kulturell tiefverwurzelten Gewohnheiten verzichtet: beispielsweise ausgiebig essen und wenig schlafen. Spanien versucht, wirtschaftliche Effizienz mit der Freude an Geselligkeit und typischen Lebensgewohnheiten zu vereinbaren; und das hat seinen Preis – oder sein Gutes, je nach Perspektive.

4. Eine starke Demokratie und apathische Bürger

Ein gesellschaftspolitischer Faktor, bei dem die Spanier sich nicht hervortun, ist ihr Interesse für Politik – ein beklagenswerter Umstand, weil die Aufmerksamkeit, die vom Bürger den politischen Ereignissen entgegengebracht wird, ein Indiz ist für das Funktionieren der Institutionen und die Bereitschaft zur Teilnahme am politischen Prozess. Die Studien des *Centro de Investigaciones Sociológicas* zeigen, dass dieses Interesse in Spanien sehr gering ist: 70% der Bevölkerung geben an, dass sie sich nicht oder kaum für Politik interessieren (Grafik 19).

Grafik 19
Interesse für Politik



Entsprechend wenig Personen informieren sich über Politik, und wenn sie es tun, dann geschieht dies hauptsächlich über die audiovisuellen Medien. Nur etwa 18%

erklären, täglich Zeitung zu lesen. Diese Daten stimmen in groben Zügen mit denen des *European Social Survey* von 2002 und 2004 überein. In der letzten Umfrage (2004) wurde Spanien nur von Griechenland und Portugal beim Prozentsatz derjenigen übertroffen, die sich überhaupt nicht für Politik interessieren. Spanien befindet sich unterhalb des europäischen Durchschnitts in folgenden Bereichen: Häufigkeit, mit der über Politik diskutiert wird; Nähe zu einer politischen Partei; Fähigkeit der politischen Meinungsbildung; Erfassen komplexer politischer Vorgänge; Zuversicht, eine aktive Rolle in einer politischen Organisation spielen zu können.

Wenn man sich speziell auf die Politik des Parlaments – das Herz einer jeden Demokratie – bezieht, stellt man fest, dass nur etwas mehr als ein Drittel der Befragten sie überhaupt verfolgt.⁵ Vermutlich hängt dies mit dem geringen Ansehen zusammen, das die Politik in Spanien insgesamt genießt, mit dem Misstrauen gegenüber ihren Repräsentanten und ihren Institutionen. Im Januar 2006 stellte der CIS die klassische Frage nach den Gefühlen, die Politik hervorruft. Die Antworten stimmen nicht sehr zuversichtlich: Eine klare Mehrheit neigt zu Misstrauen (30,3%), nur knapp die Hälfte bekundet Interesse (14,1%); viele neigen zu Gleichgültigkeit (18,4%), Langeweile (15,8%) oder Verunsicherung (7,9%). Im Januar 2005 gaben 57% der Befragten an, das Hauptmotiv der Kandidaten, die sich bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus aufstellen lassen, sei ihr Wunsch nach "Macht und Einfluss, die das Amt mit sich bringt". Nur 18% vermuteten dahinter die "Möglichkeit, für ihre und die Ideale ihrer Partei zu kämpfen".⁶ Auch das "Gefühl subjektiver politischer Kompetenz" (wie es in der Politikwissenschaft heißt), d.h. die Einschätzung der eigenen Fähigkeit zur Meinungsbildung und zur Einsicht in komplexe politische Zusammenhänge, ist eher schwach ausgebildet. 42% der Befragten haben Schwierigkeiten, sich eine Meinung zu bilden, während 24% eingestehen, dass die Politik ihnen häufig kompliziert erscheint.

5 CIS: "Barómetro" vom Januar 2006.

6 CIS: "Estudio" Nr. 2479, "El Defensor del Pueblo" (8.2.2003).

Grafik 20
Nennen Sie zwei Gefühle, die die Politik bei Ihnen auslöst
 (maximal zwei Antworten).
 Barometer April 2007

	Erstes Gefühl	Zweites Gefühl
Enthusiasmus	2.3	2.4
Gleichgültigkeit	18.7	11.3
Langeweile	15.3	16.9
Misstrauen	30.4	23.8
Engagement	8.0	7.2
Verunsicherung	9.0	15.5
Interesse	12.2	11.0
Weiß nicht	3.4	8.6
Antwortet nicht	0.7	3.3
(N)	(2455)	(2455)

An diesen Angaben lässt sich klar das mangelnde Interesse der Spanier an Politik erkennen – ein Interesse, das deutlich geringer ist als in der Mehrzahl der europäischen Länder mit gefestigten Demokratien und das bis hin zur Ablehnung der staatlichen Institutionen und politischen Klasse reicht. Darin gleicht Spanien anderen Ländern Süd- und Ost-Europas, deren Demokratien noch jünger sind. Woher das problematische Verhältnis der spanischen Bürger zur Politik rührt, ist schwer zu sagen. Manches teilt Spanien mit anderen Ländern eines ähnlichen kulturellen Umfelds, beispielsweise mit Italien: etwa die geringen Ressourcen zum Erwerb politischen Kapitals. Gegenüber dem “nordischen Modell” mit einem hohen Niveau an staatsbürgerlichem Verhalten und sozialem Kapital ist das spanische geprägt von einem Mangel an staatsbürgerlicher Kultur, was sich (wie gerade zu sehen war) im Misstrauen gegenüber Autoritäten wie Institutionen und einer geringen politischen Beteiligung ausdrückt und – ganz allgemein – auf ein geringeres soziales Kapital verweist.

Bei diesem letzten Punkt sind allerdings einige Zweifel angebracht. Spanien ist kein Land, dessen Bürger sich vor ihren Mitbürgern verschließen; sie flüchten sich auch nicht, wie in Süditalien, in die nach außen feindselige Enklave der Familie. Der *European Social Survey* liefert einige Daten, die das Klischee widerlegen, der spanische Charakter schließe die Möglichkeit, soziales und interpersonelles Vertrauen zu entwickeln, aus. Auf die Frage, ob "man zum Großteil der Menschen Vertrauen haben darf oder im Umgang mit anderen nie vorsichtig genug sein kann", zeigt Spanien mehr Vertrauen als der europäische Durchschnitt und liegt vor Belgien, Deutschland und Italien. Ein ähnliches Resultat ergibt die Frage nach der Form und Intensität gesellschaftlicher Kontakte. Die Spanier treffen sich mindestens einmal pro Woche in ihrer Freizeit mit Freunden, Verwandten oder Arbeitskollegen und liegen damit deutlich über dem europäischen Durchschnitt. Nur in fünf Ländern werden mehr Kontakte gepflegt. Auch die Intensität der Kontakte ist hoch, denn 90% der Befragten geben an, sich mit Personen zu treffen, mit denen sie über persönliche und selbst intime Dinge reden.

Wenn also, wie die Politikwissenschaftler bestätigen, das Vertrauen in die Mitmenschen und die Freude an Geselligkeit Faktoren sind, die eine größere soziale und politische Partizipation der Bürger begünstigen, kann es nicht diese Variable sein, die das niedrige Niveau der politischen Partizipation in Spanien erklärt. Eine wichtige Rolle spielt hier sicherlich der Umstand, dass die langen Jahre des Franquismus eine politische Kultur des Misstrauens gegenüber der Staatsmacht und ihren Institutionen gefördert hat, sowie die Tatsache, dass die demokratischen Institutionen erst seit relativ kurzer Zeit funktionieren. Einfluss haben sicher auch die Überbleibsel einer Kultur des "Partikularismus", wie sie in Gesellschaften auftritt, die hinsichtlich der territorialen Gliederung und Identitäten große Disparitäten aufweisen – mit einem Zentrum, das anders ist als die peripheren Nationalitäten, welche einen ausgeprägten Lokalpatriotismus pflegen. Oder wir haben es zu tun mit der kontinuierlichen Entwicklung dessen, was man die "Kultur der Unterwerfung" genannt hat, in der sich die Bürger passiv der Staatsmacht fügen.

Zu den historischen Besonderheiten der politischen Kultur in Spanien kommen Faktoren hinzu, die fast allen zeitgenössischen Gesellschaften eigen sind:

a) Die "Krise des Öffentlichen": Sie entsteht durch die wachsende Schwierigkeit, private Probleme in öffentliche Fragen umzuwandeln, und zeigt sich vor allem in einem kontinuierlichen Rückzug ins Private. Eine unmittelbare Folge ist das Nachlassen der Bereitschaft, im Sinne gemeinschaftlicher Interessen zu handeln. Der allmähliche Verlust einer auf das Gemeinwohl gerichteten Orientierung äußert sich in einer Politik, die auf das Verwalten privater Interessen reduziert wird. In ihr erscheint das Allgemeinwohl als bloßer Ausgleich oder als Summe der Interessen

Einzelner oder bestimmter Gruppen. Eine zunehmend auf das Privatinteresse ausgerichtete Politik mindert das Interesse an ihr – es sei denn, eines der für das jeweilige Individuum lebenswichtigen Rechte ist in Gefahr. In diesem Fall sollte man statt von “mitbestimmenden” Bürgern von “reaktiven” Bürgern sprechen.

b) Die Tendenz zu einer nationalistisch orientierten Identitätspolitik, die versucht, dieses privatisierte Interesse durch starke ethnische oder kulturelle identitätsstiftende Werte zu beleben – und nicht durch die bürgerlichen Werte eines “Verfassungspatriotismus”, wie Habermas es nannte. Und das geschieht inmitten einer wachsenden multikulturellen Gesellschaft, gefördert durch die stetige Zunahme der Immigration, und eines unvermeidlichen Pluralismus der Werte, der es schwierig macht, auf eine staatsbürgerliche Werte vermittelnde Meta-Identität zurückzugreifen. Dabei sind diese staatsbürgerlichen Werte unverzichtbar – und dies umso mehr, als der Korporatismus ebenso wie die Pluralisierung der Lebensformen und Identitäten komplexer Gesellschaften zunehmen.

c) Politik wird immer abstrakter und technokratischer. Nicht alle Menschen verfügen über die Zeit, die heutzutage oftmals nötig ist, um dem politischen Geschehen zu folgen. Paradoxerweise ist gleichzeitig eine gewisse Banalisierung des politischen Systems durch das *Infotainment* zu verzeichnen. Bei dieser Art “Polit-Spektakel” sind die Bürger nur noch Zuschauer einer in den Medien von Politiker-Schauspielern inszenierten *Show*.

5. Staatsbürgerliche Kultur und Gesellschaft

Der Anteil, den die einzelnen Faktoren am Schwinden der staatsbürgerlichen Impulse in der heutigen Gesellschaft haben, lässt sich schwer bestimmen. Daher ist es sinnvoll, zu diesen andere, traditionellere und deutlicher sichtbare, Faktoren hinzuzuziehen: beispielsweise die Mitwirkung der Bürger in Verbänden. Seit Tocqueville (1805-1859) gilt die freiwillige Teilnahme am Vereinswesen als ideale “Schule der Demokratie”, die die soziale und politische Reife der Bürger fördert. Heutzutage ist sie der Indikator für den mehr oder minder großen Erwerb von sozialem Kapital. In seinem 2001 erschienenen Buch *Democracy and Associations* hat Marc Warren einige der relevanten Auswirkungen des Engagements in Verbänden analysiert. Die wichtigste ist die Fähigkeit ihrer Mitglieder, bestimmte Kenntnisse über politische Abläufe und den Umgang mit relevanten Informationen zu erwerben bzw. einzuüben oder ebenjenes Gefühl “subjektiver politischer Kompetenz” zu entwickeln. Hinzu kommt die Fähigkeit, die Warren “das Schaffen eines öffentlichen Raumes” nennt, um sich eine Meinung zu bilden und in der Öffentlichkeit zu debattieren oder für bzw. gegen bestimmte Thesen zu arbeiten. Und schließlich gibt es noch die „Institutionellen Effekte“ wie

Subsidiarität (der Einzelne in der Gemeinschaft), Kontakt (von der Repräsentanz bis zum Umgang mit anderen möglichen Interessierten) oder Widerstand (der alle Formen von Forderungen umfasst). Natürlich hängt der Grad dieser Auswirkungen von der Natur der jeweiligen Vereinigung ab; dennoch ist sie in Abstufungen allen gemein. Und immer dient das Vereinsleben grundsätzlich der Erprobung von Kooperation und von sozialen Grundmustern. Selbst wenn sie nicht politischer Natur sind, bieten Verbände eine herausragende Möglichkeit, soziale Netze zu spannen und kollegiale Gewohnheiten zu fördern.

Wenn wir die Mitgliedschaft in Verbänden in Spanien betrachten, bietet sich ein ähnliches Bild wie bei der Mitwirkung der Bevölkerung am politischen Geschehen: Spanien rangiert in großem Abstand hinter den fortgeschrittenen Demokratien in Europa. Es gibt weniger Vereinigungen – auch wenn das nicht bedeuten muss, dass die Aktivität ihrer Mitglieder geringer ist. Die Untersuchung des *European Social Survey* ergibt, dass ein Drittel der Spanier einem Verband angehört, aber nur ein Viertel aktiv am Verbandsleben teilnimmt, was Spanien an das Ende der Liste in Europa setzt. Wenn es um Spenden oder freiwillige soziale Arbeit geht, sind die Zahlen noch niedriger. Nur ganz wenige Spanier sind Mitglieder in mehr als einem Verein, wobei die Freizeit-, Sport- und Kulturvereine die meisten Teilnehmer verzeichnen. Diese Zahlen stimmen nicht ganz mit denen des CIS überein, in dessen Studie nicht nur die Zugehörigkeit, sondern auch die aktive Teilnahme höher veranschlagt wird.⁷

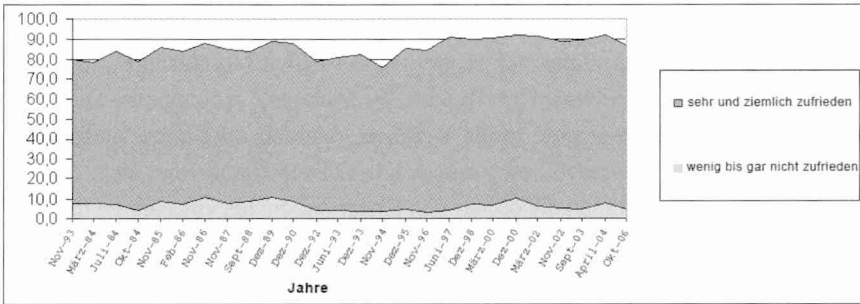
Auffällig ist die große Differenz zwischen dem Stellenwert, den die Bürger den Verbänden zuschreiben, und ihrem Verhalten. Spanien gehört zu den Ländern, in denen Vereine im persönlichen Leben größtes Ansehen genießen. Diejenigen, die aktive Mitglieder werden, haben in der Regel studiert. Je höher die Ausbildung ist, desto verbreiteter ist die Bereitschaft zur aktiven Teilnahme. Über die Hälfte derer, die ein abgeschlossenes Hochschulstudium vorweisen können, gehört einem Verein an. Das trifft nur auf ein Viertel derer zu, die nicht studiert oder die ihr Studium abgebrochen haben. Eine etwas höhere Bereitschaft zur Mitgliedschaft findet sich unter den Männern, während es bei Geldspenden und freiwilliger sozialer Arbeit keinen Unterschied zwischen Männern und Frauen gibt. Bei dieser letztgenannten Aktivität treten besonders die jungen Leute hervor. Diese Altersgruppe macht aber nicht das Gros der Vereinsmitglieder aus; deren Alter liegt zwischen 35 und 54 Jahren, wobei es aber die Jungen sind, die sich besonders aktiv zeigen. Zu Spenden und sozialer Arbeit tragen häufiger diejenigen bei, die politisch im linken Spektrum angesiedelt sind.

7 CIS: "Barómetro" vom Januar 2006.

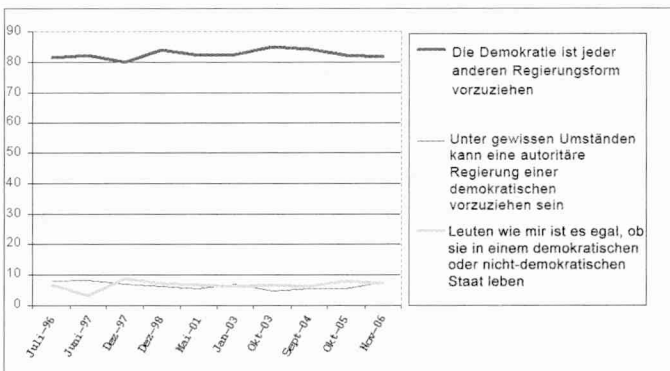
Erst seit jüngster Zeit liegen empirische Untersuchungen vor, die etwas über die Motive für die Mitarbeit in Verbänden aussagen sowie darüber, wer sich in welcher Weise engagiert. Sie erlauben eine Einschätzung hinsichtlich der Frage, ob die Mitgliedschaft die oben genannten anvisierten Erfolge erzielt und ob die "Verhältnismäßigkeit von Einsatz und Wirkung" gegeben ist. Wir sahen bereits, dass es einen Bezug gibt zwischen der Haltung gegenüber anderen Menschen und/oder gesellschaftlichen Institutionen im Allgemeinen und der Verbandsmitgliedschaft im Besonderen. Diese erscheint attraktiv, wenn eine starke Identifizierung mit den Ideen, den Akteuren und den konkreten gesellschaftlichen Kollektiven, welche die Gruppe oder Organisation stützen, gegeben ist. Grundsätzlich entscheidend aber sind die generellen Grundzüge der je individuellen politischen Kultur (das Interesse für Politik, das Vertrauen in die Menschen). Und da sind die Ergebnisse ähnlich wie bei der bereits erwähnten Frage der politischen Teilhabe. Je gefestigter das staatsbürgerliche Bewusstsein ist, umso größer ist die Bereitschaft, sich politisch und/oder aktiv in einem Verband zu engagieren. Gleichzeitig verstärkt diese Aktivität die Grundlagen des jeweiligen staatsbürgerlichen Verhaltens. Es ist schwer zu sagen, welche kausalen Mechanismen greifen und wo der "Zirkel" beginnt, der zu mehr Bürgersinn führt. Klar wird, dass Chancen zur Stärkung einer staatsbürgerlichen Kultur nicht nur von den öffentlichen Institutionen bereitgestellt werden müssen. Ohne die aktive Beteiligung der wichtigsten Sektoren der bürgerlichen Gesellschaft bei der Schaffung von Netzen und kooperativen Gewohnheiten wird sich ihr Niveau schwerlich verbessern. Es ist auf jeden Fall eine privat-öffentliche Aufgabe, und es sollten keine Mühen gescheut werden, um staatsbürgerliches Verhalten in der bürgerlichen Gesellschaft zu fördern.

Paradoxerweise gehen die politische Abneigung und Skepsis gegenüber den Institutionen mit einer weitreichenden Zustimmung zum demokratischen System einher, dessen Legitimität nicht angezweifelt wird. Eine große Mehrheit glaubt, dass die Demokratie heute besser funktioniert als vor zehn Jahren, und gibt ihr die Note "befriedigend bis gut" (Grafik 21). Es herrscht auch weitgehend – unter 69% der Befragten – Konsens darüber, dass die Regierung "unter keinen Umständen" die demokratischen Rechte einschränken darf; nur 15% wären damit einverstanden (Grafik 22).

Grafik 21
Zufriedenheit mit der Demokratie



Grafik 22



Der oben aufgezeigte Widerspruch erscheint geringer, wenn man bedenkt, dass das Niveau der politischen Unterstützung oder des Protests der Spanier nicht wesentlich von dem der anderen Europäer mit gefestigten Demokratien abweicht. Laut dem *European Social Survey* ist Spanien das Land, in dem die größte Zahl von Personen angibt, in den letzten 12 Monaten an einer genehmigten Demonstration teilgenommen zu haben (34%); und bei der Unterstützung einer Organisation oder eines Verbandes liegt Spanien fast im Mittelfeld (17%). Auch bei Unterschriftensammlungen schneiden die Spanier nicht schlecht ab. Bei anderen politisch motivierten Aktivitäten, beispielsweise dem Boykott bestimmter Produkte aus politischen, ethischen oder ökologischen Gründen, beim Spenden von Geld an eine poli-

tische Organisation oder bei der Zusammenarbeit mit einer politischen Partei oder Bürgerinitiative, liegt Spanien dagegen im europäischen Vergleich weit hinten.

6. Schlussbemerkungen

Die spanische Gesellschaft lässt sich zu Beginn des neuen Jahrtausends mit Anthony Giddens als "posttraditionale Gesellschaft" bezeichnen. Das bedeutet: Die Traditionen spielen noch immer eine große Rolle, sie werden allerdings "individualisiert". Sowohl im familiären Bereich als auch bei der Religion zeigt sich, dass die individuellen Entscheidungen die objektiven Kriterien, die bis vor kurzem den Ausschlag gaben, ersetzen. Die Personen entscheiden eigenständig, wie sie die Ehe, die Religionszugehörigkeit und andere Aspekte des Lebens handhaben. Die Bevölkerung fühlt sich frei, kirchlich oder zivil zu heiraten (beides hält sich praktisch die Waage), vor oder nach der Eheschließung Kinder zu bekommen, früh oder spät zu heiraten, auch Personen desselben Geschlechts. Bei der Religion sieht es ähnlich aus. Für viele erfüllt sie mit Taufe, Hochzeit und Beerdigung eine gleichsam dekorative, durch Tradition überlieferte Aufgabe; doch sie bindet nicht an eine gesellschaftlich verbindliche Moral oder einen Dogmatismus. Was sich durchsetzt, ist ein Pluralismus der Lebensformen und damit das Gebot der Toleranz. Wenn wir wollen, dass unsere individuelle Lebensweise akzeptiert wird, müssen wir auch die der anderen respektieren. Nach der langen Erfahrung des Franquismus ist die spanische Gesellschaft nicht gewillt, Reglementierungen hinzunehmen. Niemand soll bestimmen, wie man lebt und sein Leben organisiert. Daher mag auch die politische Apathie rühren. Die Regierung Zapatero, die Autonomen Regionen und die Gemeinden haben verschiedene Initiativen ins Leben gerufen, um die politische Partizipation der Bürger zu fördern. Es ist zu früh, um Resultate erwarten zu können; bislang hat sich an der diesbezüglichen Lethargie noch nicht viel geändert.

Die spanische Gesellschaft ist pluralistisch und hat gelernt, mit den vielen (regionalen, kulturellen, ethnischen) Gegensätzen zu leben. Noch hat sie sich viele Eigenheiten bewahrt, die in den Augen der anderen Europäer die Spanier schon immer als "pittoreskes" Volk erscheinen ließen; doch abgesehen von einigen Bräuchen unterscheidet sich die spanische Gesellschaft nicht von der anderer europäischer Länder. Die alte Tourismus-Werbung "Spain is different" gilt heute höchstens noch für die Landschaft, den Stierkampf und die Essenszeiten.

Aus dem Spanischen von Clementine Kügler